

Entwurf  
zu einer  
deutschen Verfassung  
von  
Achanier.

an der Universität Wien





---

Gedruckt bei Streng und Schneider in Frankfurt a. M.

---



Die deutsche Verfassungsfrage beschäftigt jetzt alle Gemüther. Ich halte es für Pflicht, nachstehenden Entwurf, der mir von einem erfahrenen Staatsmann mitgetheilt wurde, zu veröffentlichen, da er die Aufmerksamkeit der constituirenden Versammlung in hohem Grade verdient.

#### § 1.

Alle Staaten Deutschlands bilden einen Staatenbund.

#### § 2.

Folgende Grundsätze werden von allen Staaten festgesetzt, angenommen und gegenseitig garantirt:

Jeder 21jährige Deutsche ist nach Ableistung des verfassungsmäßigen Eides deutscher Staatsbürger.

Alle Ausnahmsgesetze und Privilegien sind aufgehoben.

Die Kirche hat durchaus nichts mit dem Staate zu thun, und hat jeder Glauben vollkommene Freiheit.

Der Unterricht der Jugend ist frei. — Die Regierungen sorgen für öffentliche Schulen, in welchen unentgeltlich unterrichtet wird. — Jeder Religionsunterricht bleibt ausgeschlossen.

Die übrigen inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten, so wie deren Verfassungsform, vorbehaltenlich daß dieselbe sich auf Volkskammern basirt, bleiben denselben überlassen.



§ 3.

Die Erledigung aller andern Angelegenheiten obliegt der Central-Bundesregierung in Frankfurt a. M.

§ 4.

Diese Regierung besteht

a) aus einer Bundeskammer.

Die Mitglieder der Bundeskammer werden durch directe Wahl von allen deutschen Staaten gewählt, im Verhältniß von einem Abgeordneten auf 70,000 Seelen. Bundesstaaten, die eine mindere Seelenzahl haben, wählen ebenfalls einen Deputirten. Jeder deutsche Staatsbürger ist Wähler und wählbar. Jede Wahl ist auf drei Jahre gültig. Die Bundeskammer ist permanent, — kann sich aber bei Erledigung der Geschäfte auf bestimmte Zeit prorogiren. — Die Prorogirung geschieht auf Antrag der Minister und muß von der Kammer genehmigt werden. Das Ministerium hat die Befugniß, die Kammer in dringenden Fällen augenblicklich einzuberufen.

b) Aus einem Senate.

Jeder Bundesstaat hat zwei Senatoren zu erwählen; die Wahl geschieht durch die Regierungen, und die Senatoren bleiben sechs Jahre im Amt.

(Dieser Senat soll namentlich die Interessen der einzelnen Staaten vertreten; bei der ungleichen Bevölkerung der Bundesstaaten werden die großen Staaten in der Deputirtenkammer zu viel Einfluß haben, welcher Einfluß aber durch den Senat gehörig balancirt wird.)

c) Aus einem Bundesoberhaupt.

Das Bundesoberhaupt wird durch die Bundeskammer in geheimem Scrutinium und durch absolute Mehrheit gewählt. — Diese Wahl



geschieht auf drei Jahre. — Kein regierender Fürst kann Bundesoberhaupt sein. Das Bundesoberhaupt darf nach Ablauf seiner Amtsführung nicht wieder gewählt werden.

- d) Aus einem Ministerium, das aus der Deputirtenkammer von dem Bundesoberhaupte gewählt wird. — Minister der innern und der äußern Angelegenheiten, der Zölle, der Finanzen, der Justiz, des Krieges, der Posten und der Industrie.
- e) Aus einem Oberfeldherrn, dessen Wahl dem Ministerium zusteht.
- f) Aus einem Bundesgericht. — Der Präsident des Bundesgerichts ist Oberrichter und hat vier Richter unter sich. Das Bundesgericht wird vom Senat auf Lebenszeit ernannt.

#### § 5.

Befugniß der Central-Bundesregierung

- a) Schlichtung aller möglichen Streitigkeiten zwischen den Bundesstaaten
- b) Vertretung des Staatenbundes bei allen möglichen Regierungen. — Die Bundesstaaten haben keine diplomatischen Agenten, sondern die Bundesregierung ernennt Gesandte an alle auswärtigen Höfe und Consuls für Handels- und Industrie-Angelegenheiten, so wie die auswärtigen Staaten nur mit der Centralbehörde in diplomatischer Verbindung stehen und Gesandte bei ihr accreditiren.  
(Große Ersparniß der einzelnen Staaten und Repräsentation des Staatenbundes als Corpus, dadurch sein Einfluß als Weltmacht.)
- c) Die Central-Bundesregierung entscheidet über Krieg und Frieden, und schließt Bündnisse und Handelsverträge mit auswärtigen Regierungen.
- d) Alle Bundesstaaten entlassen ihre Armeen. — Es wird eine Bundesarmee von 150,000 Mann



gebildet, die unter Befehl des Oberfeldherrn steht, und welche zu Sicherung des innern Friedens, der Besetzung der Bundesfestungen, und zum Schutze der Gränzen dient. — Im Fall eines Kriegs ist jeder Deutsche waffenpflichtig. Jeder Bundesstaat liefert sein verhältnißmäßiges Contingent zur Bundesarmee.

- e) Alle Binnenzölle werden aufgehoben. — Die Regulirung des Zollwesens dem Auslande gegenüber obliegt der Central-Bundesregierung.
- f) Das Postwesen wird ebenfalls von der Bundesregierung allein geleitet und regulirt. —
- g) Die Zölle und Postwesen constituiren die Einnahmen der Central-Bundes-Casse.
- h) Die Central-Bundes-Casse hat folgende Verpflichtungen:
  - I) Das Bundesoberhaupt erhält seinen Sitz im Bundespalast und jährlich fl. 50,000.
  - II) Jeder Minister jährlich fl. 8000.
  - III) Der Oberstrichter jährlich fl. 10,000 jeder der vier Richter fl. 5000. —
  - IV) Jeder Senator fl. 4000
  - V) Jeder Abgeordnete fl. 7 Diäten.
  - VI) Der Oberfeldherr jährlich fl. 12000 die Armee den festzusetzenden Sold.
  - VII) Die Bundeskasse zahlt die Gehalte der Gesandten, der Consule, und bestreitet alle Ausgaben der Kanzleien, der Bundesfestungen, der Zölle, des Postwesens, und der Justiz.
  - VIII) Endlich wird auf Kosten der Bundeskasse eine Bundesmarine allmählich gegründet, und unterhalten. — Der Ueberschuß aus den Zoll- und Postgefällen, die wohl auf 100 Millionen anzuschlagen sind, bildet einen Bundesfond. — Sobald derselbe eine Höhe von dreißig Millionen erreicht hat, wird der jährliche Ueberschuß nach einem festzusetzen-



den Verhältniß unter die Bundesstaaten vertheilt.

Alle Gesetzborschläge und sonstigen Anträge werden in der Bundeskammer von den Ministern oder den Abgeordneten gestellt. Wenn solche durchgehen, so sind dieselben dem Senate zur Genehmigung vorzulegen. — Der Senat kann solche indessen nur mit einer Majorität von  $\frac{2}{3}$  der Stimmen verwerfen.

### § 7.

Das Bundesoberhaupt ist rein executive Gewalt, ohne andere Verantwortlichkeit als die der Ausführung der Beschlüsse beider Kammern. — Jede Verfügung des Bundesoberhauptes muß von den Ministern contrasignirt sein.

### § 8.

Das Ministerium ist verantwortlich. — Wenn in der Kammer der Antrag gestellt wird, das Ministerium habe das öffentliche Zutrauen verwirkt, so hat das Bundesoberhaupt, wenn der Antrag genehmigt wird, alsbald ein neues Ministerium zu ernennen. —

### § 9.

Das Bundesgericht entscheidet die Streitigkeiten der einzelnen Staaten, und bildet die höchste Instanz in Prozessen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten, so wie der Staatsbürger gegen einzelne Staaten, und gegen das Ausland.

### § 10.

Es kann an der Verfassung nur dann eine Abänderung gemacht werden, wenn solche von der Bundeskammer und dem Senat mit einer Majorität von  $\frac{2}{3}$  der Stimmen angenommen wird.

---



Die Geschichte des

...

...

...

...

...

...